

Von Forschung zu Innovation: Wachstum braucht echte EU Inc.

Die jüngere wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland lässt sich nur schwer beschreiben, ohne dass früher oder später das Wort „Krise“ fällt. Von der Coronakrise über die Energiekrise nach dem Beginn des russischen Angriffskrieges in der Ukraine bis hin zum alles überlagernden Klimawandel – Krisenerfahrungen belasten das Wachstum und sie drücken auf die Stimmung in den Unternehmen und bei den Konsumenten. Dabei ist eine „Krise“, im ursprünglichen Sinne des Wortes, gar nicht unbedingt eine Belastung, sondern auch eine Chance. Die altgriechische *krísis* (κρίσις) ist eigentlich der Moment der Entscheidung und das zugrunde liegende *krínein* (κρίνειν) heißt „trennen“ oder „aussieben“. In der Landwirtschaft ist es, wie Homer in der Ilias besingt, der Moment, in dem die Spreu vom Weizen getrennt wird.

Die Frage, die sich mit zunehmender Dringlichkeit für Deutschland stellt: Wie können wir dafür sorgen, dass Deutschland aus diesen Krisen wirtschaftlich gestärkt herauskommt und wir zum Weizen gehören, nicht zur Spreu? Der deutsche Weizen ist dabei kein schlechter Ausgangspunkt. Weizen ist das am häufigsten angebaute Getreide in Deutschland. Die Versorgungssicherheit liegt bei über 100 % und das Ertragsniveau ist sehr hoch. Deutsche Landwirte ernten im Schnitt etwa doppelt so viele Tonnen pro Hektar wie Landwirte in den USA. Das liegt auch an den exzellenten Grundvoraussetzungen: Deutschland besitzt ideale Böden und hervorragend ausgebildete Landwirte. Und doch stehen die Weizenbauer unter Druck. So sehr sie auch mit GPS-Steuerung ihren Düngereinsatz optimieren, ihre Profitabilität fällt dennoch ab. Warum? Einerseits liegt es sicher an der Polykrise – geopolitische Konflikte und Energiepreiskrisen verteuern Düngemittel und Treibstoffe, der Klimawandel führt zu Qualitätsschwankungen, das alles drückt den Gewinn. Andererseits symbolisiert die sinkende Profitabilität des Weizenanbaus das größere Problem, an dem die deutsche Volkswirtschaft zu krank droht: Jede Produktion und jede Technologie stößt über die Zeit irgendwann an ihre Wachstumsgrenzen, so sehr man sie auch optimiert.

Die Treiber wirtschaftlichen Wachstums haben sich über die Jahrhunderte immer wieder gewandelt. Vor 200 Jahren wurde die Landwirtschaft als dominierende Wachstumsquelle vom Bergbau und der Schwerindustrie abgelöst. Vor etwa 100 Jahren wurden dann Industrien wie die Chemie und Elektrotechnik, der Maschinenbau und der Automobilbau dominant. Und nun befinden wir uns schon seit mehreren Jahrzehnten im Übergang zur Dienstleistungsgesellschaft. Die industrielle Revolution, die digitale Revolution und das Internet, die Künstliche Intelligenz – stets treiben Innovation und Disruption das Wachstum voran und verschieben es in andere Wirtschaftsbereiche.

Woran hakt es also in Deutschland? Was braucht Deutschland, um an den neuen Treibern wirtschaftlichen Wachstums teilhaben zu können? Zunächst einmal müssen wir offener anerkennen, dass die mangelnde Wirtschaftskraft nicht allein das Ergebnis der Polykrise ist. Vielmehr ist die Schwäche auch die direkte Folge vergangener Stärke und daraus resultierender fehlender Anpassungsfähigkeit. Wie mir meine Kollegen aus der Innovationsökonomik gerne und oft sagen: Der Platzhirsch ist der letzte, der merkt, dass es an der Zeit ist, den Platz zu verlassen. Wenn unsere Auto-

© Der/die Autor:in 2026. Open Access: Dieser Artikel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz veröffentlicht (creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de).

Open Access wird durch die ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft gefördert.

Prof. Dr. Ulrike Malmendier
Professorin für Finanzwirtschaft an der Haas School of Business und Professorin für Wirtschaftswissenschaften am Department of Economics an der University of California, Berkeley.

mobilitätsindustrie die beste Einspritztechnologie der Welt entwickelt hat, ist es nicht verwunderlich, dass sie als letzte an den Wandel der Nachfrage vom Verbrennermotor zum Elektroauto glaubt. Das heißt jedoch nicht, dass alle in Deutschland diesen Wandel und die neuen Anforderungen verpassen. In einer Zeit, in der die Versorgungssicherheit mit Halbleitern mindestens genauso wichtig ist wie die mit Weizen, gibt es durchaus findige Ingenieure, die einzigartige Technologien entwickeln. In meiner Heimatstadt Aachen entwickelt ein Start-Up graphenbasierte Chips mit photonischen Schnittstellen, die weniger Energie verbrauchen und schneller Daten übertragen. Wir haben hervorragende Wissenschaftler und Ingenieure und wir haben eine einzigartige Wissenschaftsstruktur, die die Forschung mit der Industrie zu verknüpfen versucht – von der Grundlagenforschung der Max-Planck-Institute zur anwendungsorientierten Forschung der Leibniz-Institute und den Instituten der Fraunhofer-Gesellschaft, die direkt mit der Wirtschaft zusammenarbeiten. Die Teilchenbeschleuniger, Forschungsdatenzentren und Supercomputer der Helmholtz-Gesellschaft kommen auch noch hinzu. Diese weltweit einzigartige Struktur außeruniversitärer Forschung, ihre Vernetzung und ihre Finanzierung sollte eigentlich die beste Grundlage für Innovation und den Transfer von Wissen in die Wirtschaft sein.

Woran hapert es also? Wie erklärt sich das „Innovationsparadoxon“, dass Deutschland und Europa exzellente Forschungsergebnisse liefern, dann aber beim Skalieren verlieren, meistens gegen die USA, aber mittlerweile immer häufiger gegen China? Ich sehe hier zwei Aspekte. Der *erste* ist der fehlende Kapitalmarkt. Zwar haben wir es geschafft, die Gründungskultur anzukurbeln und stehen im Bereich der Start-Ups den Amerikanern nicht nach. Aber wenn es darum geht, die späteren Wachstumsphasen zu finanzieren, dann fehlt es an Wagniskapital. Das hat zu einem großen Teil institutionelle Gründe: ohne kapitalgedeckte Altersvorsorge keine Pensionskassen, ohne Pensionskassen keine Kapitalsammelstellen, die solche Mittel zur Verfügung stellen. Umso wichtiger ist es also, dass die anstehenden Reformen hin zu einer kapitalmarkt-basierten Altersvorsorge – von der Frühstartrente über die private Altersvorsorge bis hin zur gesetzlichen Altersvorsorge – schnell und handwerklich gut umgesetzt werden.

Zweitens werden wir wachstumsstarke, innovative Unternehmen auf dieser Seite des Atlantiks nur dann halten können, wenn sie ohne großen Aufwand europaweit agieren können: einfache Gründung, einfacher Eintritt in die Märkte europäischer Nachbarländer, einfache Abwicklung im Falle des Exits. Davon sind wir im Augenblick weit entfernt. Noch immer sind Unternehmensgründungen in fast allen Ländern (ausgenommen das vielgepriesene Estland) unnötig bürokratisch, Genehmigungen dauern zu lange und Verwaltungsverfahren sind zu kompliziert. Der Vorstoß der EU-Kommission vom März dieses Jahres, ein sogenanntes 28. Regime („EU Inc.“) einzurichten, sollte genau diese Probleme beheben: ein einheitliches europäisches Regelwerk, das Unternehmen wählen können, wenn ihr nationales Recht Wachstum behindert. Es war vermutlich die beste Idee, um das Wachstumspotenzial des europäischen Binnenmarktes zu entfesseln, hochgepriesen im Draghi- wie im Letta-Bericht. Leider war der Vorschlag der Kommission weit vom Ideal entfernt und wird im aktuellen Kompromissvorschlag weiter verwässert. Zwar sollen sich Firmen innerhalb von 48 Stunden digital in einem EU-Register eintragen lassen können, doch unterliegen sie immer noch nationalem Recht. Das ist von einer supranationalen Unternehmensform, die das Wachstum ankurbeln könnte, weit entfernt.

Deutschland hat nationale Reformen angestoßen, die in die richtige Richtung zeigen. Aber um relevantes Wachstum zu erzielen, brauchen wir deren schnelle und gute Umsetzung ebenso wie einen attraktiven Kapital- und Binnenmarkt in Europa. Nur so können wir in Deutschland mehr Arbeitsstellen schaffen, den Wohlstand der Bevölkerung sichern und unsere Werte verteidigen.